

Hartmannbund Hauptversammlung

Reinhardt: „Politik untergräbt Motivation der Ärzteschaft“

Gesundheitspolitik muss die Expertise von Ärzten einbeziehen. Das forderte Dr. Klaus Reinhardt bei der Hauptversammlung des Hartmannbundes. Er kritisierte das Vorgehen des Bundesgesundheitsministeriums nicht nur bei der Einführung neuer ambulanter Leistungen und einer sektorgleichen Vergütung in dieser Woche, sondern auch mit Blick auf GOÄ und Digitalisierung.



Reinhardt kritisierte als HB-Vorsitzender die mangelnde Einbindung der Ärzte durch die Politik.

©am/änd

„Man könnte ja fast den Versuch dahinter vermuten, das heimlich einzuführen. So kann es nicht gehen und so können wir größere Reformen im Krankenhaus-System nicht umsetzen“, sagte der HB-Vorsitzende Reinhardt am Freitagvormittag in Berlin. Die weitreichende Reform hatte die Bundesregierung mit einem Änderungsantrag unmittelbar vor der Anhörung im Gesundheitsausschuss am Mittwoch in das Pflegeentlastungsgesetz eingefügt.

Reinhardt kritisierte, „dass eine relativ weitreichende Änderung eingeführt wird, ohne dass die Verbände dazu befragt wurden“. Die stationären Strukturen seien definitiv reformbedürftig. Nötig sei aber bei neuen ambulanten Leistungen eine Klärung, was vorher und nachher geschieht. Dafür brauche es ein vernünftiges Setting. Entweder müsse das Krankenhaus weitermachen dürfen oder die ambulante Pflege müsse eingebunden werden.

Reinhardt mahnte an, dass weitere Reformen im Krankenhausbereich in Abstimmung mit den Beteiligten erfolgen müssten. Ein nach dem Grad von Spezialisierung und Qualifizierung gestuftes System sei nicht einfach einzuführen. „Es kann nur funktionieren, wenn die Wettbewerbsregeln so angelegt sind, dass der Strukturwandel der Gemeinwohlorientierung folgt.“

Zugleich kritisierte er die Idee von 1000 Gesundheitskiosken für neue Strukturen im ambulanten Bereich. Der Kiosk sei für soziale Brennpunkte mit hohem Migrantanteil, relativ niedrigem Bildungsniveau und Einkommen geeignet, wo eine Zusammenarbeit von sozialen und medizinischen Diensten organisiert werden muss. „Das ist ein kleiner spezieller Bereich, aber sicher nicht das Allheilmittel der Versorgung.“

Mangelnde Einbindung ärztlicher Expertise kritisierte Reinhardt auch beim GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Das Gesetz bezeichnete er als Flickschusterei und kritisierte auch das Mantra, dass es auf keinen Fall Leistungskürzungen geben werde. „Es ist für ein Jahr in die Luft geschossen worden auch zu Lasten der Vertragsärzteschaft.“ Stattdessen wäre es angemessen gewesen, wenn die Politik über den Beitrag, den die Ärzteschaft zur Finanzierung zu leisten habe, mit ihr gesprochen hätte, so Reinhardt. Die Ärzteschaft habe viele vernünftige Vorschläge eingebracht. Beispielhaft nannte er die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Arzneimittel und die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen und die Erhöhung der Tabaksteuer. „Das wären aus meiner Sicht konsistente logische Versuche, die GKV-Finanzierung zu stabilisieren.“

„Politik wird Verantwortung zur GOÄ-Reform nicht gerecht“

Scharf kritisierte der HB-Chef die Haltung des Bundesgesundheitsministeriums mit Blick auf die Reform der ärztlichen Gebührenordnung GOÄ. Diese Reform sei dringend nötig „und zwar nicht so sehr, weil Ärztinnen und Ärzte mehr Geld brauchen, sondern weil das System der GOÄ völlig überkommen ist“. Das BMG stimme inhaltlich zu und erkenne an, dass die Ärzteschaft redlich argumentiere, aber: „Wenn Politik erkennt, dass ein Missstand existiert und akzeptiert, dass diejenigen, die darauf hinweisen, redlich argumentieren, und trotzdem nichts tut, um diesen Missstand zu ändern, dann muss man sich über Politikverdrossenheit nicht wundern“, sagte der HB-Chef. Er warnte davor, dass das auch zu Populismus führe. Die Regierung werde in dieser Hinsicht ihrer Verantwortung nicht gerecht. „Das war schon mal anders.“

Nötig sind Reinhardt zufolge auch Regelungen für Kapitalinteressen in der Versorgung. „Wir müssen dafür sorgen, dass der Bezug zur Versorgung erhalten bleibt und nicht Versorgung in rein renditeorientierten Unternehmen abwandert“, sagte er. Die Sorge, dass man Gefahr laufe, dass auf ärztliches Handeln aus renditeorientierten Unternehmen Einfluss genommen werden kann, sei berechtigt. „Das wissen wir aus vielen Berichten.“



Datenschutz dürfe nicht Krankheitsursache werden, warnt Reinhardt.

©am/änd

Reinhardt plädiert für anderen Datenschutz bei Digitalisierung

Mit Blick auf die Digitalisierung kritisierte Reinhardt die mangelnde Einbindung des Datenschutzes bei der Entwicklung. „Ich persönlich finde vieles von dem, was an Techniken existiert und sich am Horizont abzeichnet, faszinierend und großartig“, sagte er. Auf der andere Seite gestalte sich die Realisierung schwer. „Das eRezept ist mit dem Ausstieg der KVWL als letzter KV mal wieder gescheitert.“ Das liege aber auch daran, dass der Datenschutzbeauftragte nicht rechtzeitig einbezogen worden sei. Die Datenschutz-Diskussion könne man aber nicht erst führen, wenn Techniken in die Praxis kommen. „Da muss man sich nicht wundern, wenn die intrinsische Motivation der Ärzteschaft untergraben wird.“

Reinhardt vertrat die Auffassung, dass es keine absolute Sicherheit dagegen gebe, dass Gesundheitsdaten mit krimineller Energie abgezogen werden können. Das sei aber auch analog nicht zu verhindern. „Ein einbruchssicheres Haus gibt es nicht.“ Insofern müsse man auch bei digitalen Lösungen mit gutem Sicherheitsstandard mit einer Restunsicherheit leben können. Dieser etwas andere Blick auf Datenschutz könne dafür sorgen, „dass es nicht der Datenschutz ist, der eines Tages zu den Krankheitsursachen zählt“.

Weitere Themen, die Reinhardt bei der Hauptversammlung des Hartmannbundes ansprach, waren die Debatte um den assistierten Suizid und um die Cannabislegalisierung. Auf beiden Feldern mahnte er, Fehler zu vermeiden, die aus anderen Ländern bekannt seien. Erfreut zeigte er sich, dass die Ärzteschaft ihrer Verantwortung für „Health in all Policies“ in zunehmender Weise gerecht werde. Das gelte vor allem für die Debatte um Klima und Gesundheit. Hier sieht Reinhardt die Ärzte und Ärztinnen selbst und erst in zweiter Linie die Politik am Zug: „Das Wesentliche besteht darin, dass wir alle miteinander Verhalten verändern. Dazu kann es natürlich politische Maßnahmen geben. Die muss es auch geben.“

11.11.2022 12:11, Autor: am, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/220604>